

Rede des Vorsitzenden der Linksfraktion, Helmut Holter, am Parteitag der Partei DIE LINKE, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, am 27. November 2010 in Linstow, Van der Valk Resort

Neues wagen – mit Mut in die Zukunft

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

in ganz Deutschland gibt es zurzeit wohl kein Thema, das die Menschen derart umtreibt wie das Thema Atom.

Zu Recht sind die Menschen landauf, landab erbost über den Atomdeal der Bundesregierung. Sie fühlen sich zu Recht verraten und verkauft.

Die Frage der Endlagerung für Atommüll ist nicht geklärt und dennoch werden die Laufzeiten der Atommeiler durchschnittlich um 12 Jahre verlängert, wird weiter über Jahre hochgiftiger atomarer Abfall produziert.

Und so kommt der Atommüll. Gestern ins Wendland und morgen nach Vorpommern. Warum muss eine ganze Region für etwas bluten, wofür sie nicht verantwortlich war und ist? Warum kommt ein technisches Verfahren, dessen Risiken, Folgen und Langzeitwirkungen nicht beherrschbar sind, länger als geplant zur Anwendung?

Wir waren und sind dafür, dass Lubmin als Energiestandort entwickelt wird. Mit dem Rückbau des KKW Nord wurde Neuland beschritten. Die Herausforderungen wurden gemeistert. Mit dem Rückbau wurde das politische Versprechen abgegeben, dass nur Atommüll aus MV und Brandenburg hier zwischengelagert wird. Im ZLN dürfen keine radioaktiven Abfälle aus der ganzen Bundesrepublik landen. Mit einer unbefristeten Zwischenlagerung besteht die Gefahr, dass Lubmin de facto zum Endlager wird.

Wie im Wendland haben sich in MV Initiativen gegen die Castortransporte, gegen die Nutzung der Atomenergie gegründet. Unsere Partei und Fraktion beteiligen sich aktiv an den Protesten.

Am 7. Dezember werden wir wieder vor Ort sein. Gemeinsam mit der Greifswalder Bürgerschaftsfraktion und unseren Abgeordneten im Bundestag werden wir eine öffentliche Fraktionssitzung durchführen. Wir werden deutlich machen: Der Atomdeal der Bundesregierung muss gestoppt werden! Niemand will und braucht Atomstrom und seine giftige Hinterlassenschaft. Atomkraftwerke abschalten! Sofort!

Und die Grünen müssen sich heute den Vorwurf gefallen lassen, dass sie es in sieben Jahren Mitregieren im Bund auch nicht geschafft haben, das Problem der Endlagerung zu lösen. Ebenso wenig ist die Große Koalition in dieser Frage vorangekommen.

Im Interesse unseres Landes wäre es konsequent, dass die Landesregierung wie einige andere vor das Verfassungsgericht zieht. Die Bundesregierung kann und darf in diesen grundlegenden Fragen nicht über die Köpfe der Länder hinweg entscheiden. Das Mindeste wäre ein Mitspracherecht beim Atomgesetz. Denn auf der Suche nach einem Endlager schaut man sich heute auch in Mecklenburg-Vorpommern um. Ich möchte schon mitreden können, wenn in meinem Garten etwas vergraben werden soll.

So sehen dies auch Zehntausende in Deutschland, die sich betroffen fühlen. Zehntausende lehnen lautstark und symbolkräftig die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung ab.

Anrede,

genauso verwerflich wie der Atomdeal ist das schwarz-gelbe Sparpaket, das gestern vom Bundestag verabschiedet wurde. Welche Wirkungen hat dieses Kürzungspaket? Die Schere zwischen den Reichen und den Armen geht immer weiter auseinander. Gleiche Chancen werden zur Farce. Von Gerechtigkeit ganz zu schweigen.

Die Armut in Deutschland und MV wird zunehmen. Dies hat die Armutskonferenz gestern in Neubrandenburg eindrucksvoll belegt. Insbesondere die Altersarmut wird rasant zunehmen. Wovon sollen die Menschen, deren Lohn kaum fürs Überleben reicht, auch etwas für Alter und Pflege zurücklegen?

Schwarz-Gelb sorgt dafür, dass wieder einmal die Menschen, die von staatlichen Leistungen abhängig sind, zur Kasse gebeten werden. Bei den Langzeitarbeitslosen wird gekürzt, es wird gekürzt beim Wohngeld, beim Elterngeld, bei der Rentenversicherung.

Das Kürzungspaket trifft in erster Linie Geringverdienende, Familien mit Kindern, insbesondere Alleinerziehende, Erwerbslose, aber auch Rentnerinnen und Rentner.

Anrede,

das Kürzungspaket wird nicht nur die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben. Der Osten der Republik wird besonders hart getroffen und mit ihm die Kommunen. Denn hier passiert nichts anderes, als die Lasten und Risiken vom Bund zu den Kommunen zu verschieben.

Was da von der Bundesregierung vornehm als „Neujustierung von Sozialleistungen“ daher kommt, bedeutet nichts anderes als erhebliche Mehrkosten für die Kommunen. Denn sie müssen einspringen, wenn die Rente nicht mehr reicht zum Leben.

Schon jetzt sind die Belastungen bei den Sozialausgaben für die Kommunen erdrückend. Sie ringen schon heute darum, Kulturangebote, wichtige Angebote für Kinder, Jugendliche oder Senioren zu erhalten. Allzu vieles musste schon geopfert werden, und da kommt Schwarz-Gelb daher und wälzt weitere Lasten ab. Was soll denn den Kommunen **noch** zugemutet werden?

Mecklenburg-Vorpommern hat einen der höchsten Anteile an Erwerbslosen, an Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern sowie an Geringverdienenden. Mecklenburg-Vorpommern hat einen der höchsten Anteile von Kindern, die in Hartz-IV-Familien leben, und auch das Durchschnittseinkommen gehört mit zu den niedrigsten.

Mecklenburg-Vorpommern hat die niedrigste Wirtschaftskraft, aber die höchsten Sozialkürzungen zu tragen. Den Geringverdienenden, Erwerbslosen, Familien mit Kindern, den Rentnerinnen und Rentnern erzählt die Bundesregierung, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt, deshalb müsse bei ihnen jetzt gespart werden.

Es ist ein Skandal, der seinesgleichen sucht, dass Schwarz-Gelb vor allem die Schwächsten der Gesellschaft für die Kosten der Finanzkrise aufkommen lässt.

Viele in diesem Land fragen zu Recht, wann die Bundesregierung endlich diejenigen zur Verantwortung zieht, die Jahrzehnte lang dicke Gewinne an den Finanzmärkten eingestrichen und dann, als es krachte, von staatlichen Milliarden-Rettungspaketen profitiert haben?

Und es ist ein Skandal, dass die Reichen und Reichsten wieder einmal verschont bleiben. Spitzenverdiener, reiche Erben und Vermögende werden nicht behelligt – und das obwohl wir vor allem Einnahmeproblem haben.

Apropos Einnahmen. Die Konjunktur zieht an. Dadurch kommt mehr Geld in die Staatskasse. Korrekturen am Sparpaket Fehlanzeige.

Anrede,

und wie sieht es hier im Land aus? Die rot-schwarze Koalition in Schwerin wurschtelt auf niedrigstem Niveau vor sich hin. Sie freut sich, dass MV die Krise nicht so stark erwischt hat. Aber im Schiffbau, der zu den industriellen Kernen gehört, ist die Krise noch lange nicht vorbei. Gerade die Standorte in Wismar und Warnemünde schauen in eine ungewisse Zukunft.

In der Kritik an der aktuellen Bundespolitik gibt es große Übereinstimmungen zwischen Links- und SPD-Fraktion. Aber die Sozialdemokraten sind in der Großen Koalition gefangen. SPD und CDU werden jetzt die letzten Monate ihrer Koalition mit Hängen und Würgen hinter sich bringen. Da geht gar nichts mehr.

Anrede,

vielleicht hat sich die Landesregierung deshalb vor kurzem Rat beim Volk geholt und 1000 Leuten 19 Fragen gestellt – zu verschiedenen Themen, wie zur Entwicklung der vergangenen 20 Jahre, wie das Ost-West-Verhältnis eingeschätzt wird und wie es sich in Mecklenburg-Vorpommern so leben lässt. Dann hat man das Volk noch gefragt, auf was es denn Wert lege, was ihm denn wichtig sei und ob die Landesregierung seiner Meinung nach richtig liege mit ihren Schwerpunkten und ob die Arbeit, die in der Großen Koalition gemacht wird, zufrieden stellend sei. Da haben sich Ministerpräsident Sellering und sein Stellvertreter Seidel aber mächtig gefreut über das, was bei der Befragung herausgekommen ist. Sie klopfen sich auf die Schultern, dass die Menschen gerne in einer schönen Landschaft leben und dass sie die positive Entwicklung im Tourismus wertschätzen. Hier ist Eigenlob allerdings fehl am Platz. Denn es sind beileibe keine Verdienste dieser Landesregierung.

Schaut man richtig hin, dann werden der Landesregierung kräftig die Leviten gelesen. Die Bewertung der Arbeit der Großen Koalition fällt umso schlechter aus, je wichtiger das Thema für die Befragten ist. Herausragendes Beispiel ist die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze, die für den übergroßen Anteil als drängendste Aufgabe gesehen wird. Und genau in diesem Bereich werden der Landesregierung die schlechtesten Noten gegeben. Zu Recht.

Zwar preist die Landesregierung Monat für Monat aufs Neue den Rückgang der Zahl der Arbeitslosen. Dabei pfeifen es die Spatzen längst von den Dächern: Das viel gelobte Jobwunder ist in Wirklichkeit gar keins. Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen hat drei Ursachen:

Erstens nimmt die Anzahl der Erwerbsfähigen ab, weil viele in Rente gehen.

Zweitens gibt es einen nie da gewesenen Boom an prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Und drittens sind es Tricks und immer wieder neue Tricks, die die Menschen aus der Statistik verschwinden lassen. Die offiziellen Zahlen sind eben nur die halbe Wahrheit. Menschen in Ein-Euro-Jobs, in Fortbildungs- und anderen Maßnahmen, gehören zur ganzen Wahrheit dazu.

Anstatt immer neuer statistischer Tricks brauchen wir eine Abkehr von der Niedriglohnstrategie, eine Eindämmung der Leiharbeit und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Aber die Landesregierung ist seit Jahren ja nicht einmal in der Lage, Lohndumping bei der Vergabe öffentlicher Aufträge einen Riegel vorzuschieben. Versprochen und immer wieder angekündigt – und noch immer haben wir in MV kein Vergabegesetz.

Anrede,

die Ergebnisse der Umfrage bestätigen, dass unsere Partei und Fraktion die wichtigsten Probleme erkannt haben. Sie bestätigen, dass wir richtig liegen, wenn wir sagen: Wir müssen die alten Pfade verlassen und neue Wege einschlagen, wenn wir die Zukunft meistern wollen.

„Neues wagen – mit Mut in die Zukunft“ könnte auch der Titel unseres Leitbildes sein, das wir heute Nachmittag in der Arbeitsgruppe diskutiert haben.

Das Leitbild „MV 2020+“ beschreibt eine Vision.

Das Leitbild ist kein Parteiprogramm, und das Leitbild kann kein Wahlprogramm für das kommende Jahr sein. Das Wahlprogramm muss aber sehr wohl daraus ableitbar sein. Und das Leitbild darf natürlich nicht im Widerspruch zum Parteiprogramm stehen. Wir beschreiben in unserem Leitbild langfristige Ziele, die aber heute schon die richtigen Entscheidungen erfordern. Das Leitbild zeigt mögliche Wege auf und gibt Empfehlungen, wie unsere Ziele erreicht werden können.

Ja, wir haben eine Vision. Wir haben eine optimistische Vision.

Ich zitiere:

„Mecklenburg-Vorpommern ist eine nachhaltig wirtschaftende Region, in der jeder und jede ein Existenz sicherndes Einkommen hat, mit individuell ausgerichteten, allen zugänglichen Informations-, Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Die Menschen fühlen sich der Region, in der sie leben, verbunden und nutzen das Recht mitzureden und mit zu entscheiden.

Die Einwohnerinnen und Einwohner und ihre Lebensqualität stehen im Mittelpunkt von Politik, Wirtschaft und Arbeit. Sie sind motiviert, werden gebraucht und finden ihren Platz in der Gesellschaft.“ Zitatende.

Unser Leitbild ist ein Angebot zur Diskussion und zum Mitmachen.

Die LINKE versteht sich als Partei für den Alltag. Mit diesem Leitbild beweisen wir uns darüber hinaus als Partei für die Zukunft. Wir können und wollen das Land heute, morgen und übermorgen gestalten. Wir wollen die Menschen für unseren Weg gewinnen.

Mecklenburg-Vorpommern steht am Scheideweg.

Entweder wir ergeben uns der sich abzeichnenden Entwicklung mit all ihren negativen Folgen oder wir finden Lösungen, die auch zum Vorbild für andere Regionen werden können.

Anrede,

wir haben heute viele interessante Fragen diskutiert und kluge Entscheidungen getroffen. So gehört der Beschluss „Schulbildung im Zukunftsland MV 2020+“ natürlich zu unserem Leitbild. Um die Weichen für unser Leitbild zu stellen, müssen wir bereits heute handeln. So wird die Wahl 2011 nicht nur eine Abrechnung mit der rot-schwarzen Koalition und eine Entscheidung über die Politik der nächsten fünf Jahre, sondern auch eine Wahl über die Zukunftskonzepte der Parteien – soweit es sie denn gibt. Unser Angebot liegt jetzt auf dem Tisch.

Mit dem Ludwigsluster Beschluss „Regionale Kompetenzen stärken – neue Wege gehen“ und dem heute diskutierten Leitbild „MV 2020+ - Ideen für unser Land“ haben wir eine gute Grundlage für unser Wahlprogramm. Für mich ergeben sich folgerichtig folgende Schwerpunkte:

- Gute Arbeit – gute Löhne
- Gute Bildung – gute Zukunft
- Starke Kommunen – starke Regionen
- Mehr Demokratie – mehr Beteiligung
- Reiche Natur – reiche Zukunft

Wir, die Linken, sind keine Fatalisten. Wir, die Linken, sind Optimisten. Wir wollen Neues wagen und mutig in die Zukunft gehen. Wir laden alle ein, mit uns die besten Wege zu finden. Denn auf die Menschen kommt es an.